

Dresdner Volkszeitung

Redaktionssitz: Leipzig.
Geb. & Comp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Geb. Henckels, Dresden.

Abohrenspris einschließlich Bringerlohn monatlich 200 M. Durch
die Post bezogen vierjährlich 800 M. unter Zusatzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 900 M.
Telegogramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25281.
Wochentage von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachtm.

Abonnementpris: die 7 geballtenen Monatshefte 50 Pf. darauf 40 Prozent
Zerstörungszulage, bei Sammlungen 80 Pf. ohne Zulage.
Zeitung wird im vorau zu bezahlen. Eine Verzögerung zu Zeit ohne am vor-
geführten Tag kann nicht übernommen werden. Für Verzögerung 20 Pf.

Nr. 125.

Dresden, Dienstag den 3. Juni 1919.

30. Jahrg.

Die Friedensbedingungen für Österreich

Am gestrigen Montag den österreichischen Bevollmächtigten in Saint-Germain überreicht worden. Allerdings: Komplett ist sie nicht, denn es fehlen die Bedingungen über militärische und gewisse finanzielle Fragen und über die Wiedergutmachung. Ebenso wie die Verschiebung des Zeitpunktes der Übereinkunft ist auch das Gehalt der genannten drei Punkte ein leichtes Geizchen, und die Wiener Arbeitsetzung wird recht haben, wenn sie schreibt, daß die Schuld bei den Staaten liegt, die zum ehemaligen österreichisch-ungarischen Staatsverband gehörten und die jetzt im Genusse ihrer (von der Entente genehmigten) "Freiheit" schwelgen. "Jenen schwelt vor," schreibt unter Wiener Parteiblatt, "alle Lasten auf Deutsch-Österreich zu wälzen; die gesamten Kriegsschulden, womöglich auch die geplante Wiedergutmachung." Die fehlenden Bedingungen sollen in kürzester Zeit fertiggestellt und überreicht werden.

Der österreichische Vertrag folgt genau den Umrissen des britischen und ist an vielen Stellen bis auf die Wiederherstellung des Staates mit ihm identisch. Der Ausdruck "Deutsch-Österreich" wird vermieden. Österreich wird durch den Vertrag ein Staat von etwa 6 Millionen Einwohnern.

Die neuen Grenzen, die der Verbund festgesetzt hat, sind deutliche Beispiele für die plume Gewalt, mit der die Verfaillier Gerechtigkeitsbünden gearbeitet haben:

Die Nordgrenze mit der Tschechoslowakei folgt den alten abendländischen Grenzen, welche die Provinzen Böhmen und Mähren in Ober- und Unterösterreich trennen mit einigen kleinen Veränderungen, vor allem in der Gegend von Gmünd und Kelberg und bis ins Morawaterrain. Die Südgrenze mit Italien und dem württembergisch-schwäbischen Staate soll später von den hauptsächlichen alliierten und assoziierten Mächten festgesetzt werden. Im Westen geht die Grenzlinie knapp östlich von Gleiburg und überkreuzt die Donau oberhalb des Laab.

Der serbisch-kroatisch-slawenische Staat erhält Marburg und Radkersburg. Gerade nördlich von Radkersburg mündet die Grenze in die ungarische Grenze. Die westliche und nordwestliche Grenze ist Bayern, die westliche Grenze mit der Schweiz und die östliche Grenze mit Ungarn bleibt unverändert. Die neue Grenze zwischen Österreich und der Tschechoslowakei wird durch einen Austausch von beiden Mitgliedern festgesetzt, von denen fünf von den hauptsächlichen Einheitsmächten und je eine von Österreich und der Tschechoslowakei bestimmt werden.

Österreich erkennt die vollständige Unabhängigkeit Jugoslawiens, des tschechoslowakischen und des serbisch-kroatisch-slawenischen Staates an. Die Tschechoslowakei willigt darin in einem Vertrage mit der Entente Bestimmungen, die um Schutz der religiösen, sprachlichen und Rasseminderheiten in notwendig erachtet werden, und solche für die gerechte Behandlung des Handels der anderen Nationen festzulegen. Dasselbe gilt für den serbisch-kroatisch-slawenischen Staat. Außerdem willigt darin, einen ähnlichen Vertrag wie die Tschechoslowakei abzuschließen. Österreich nimmt es auf sich, eine Einrichtungen mit den Grundzügen der Freiheit und Gerechtigkeit in Einklang zu bringen (etwa in ähnlicher Weise wie der Verband d. D. Rep.) und anzuerkennen, daß die Verpflichtungen zum Schutz der Minderheiten in den Bereich des internationalen Interesses fallen, wodurch der Völkerbund die Jurisdiktion ausübt.

Wie der deutsche, so ist auch der österreichische Vertrag gekennzeichnet durch die immer wiederkehrende Formel "Österreich anerkannt" — "Österreich verpflichtet sich". Auch bei diesem Frieden kann nicht die Rede davon sein, daß er auf der Grundlage der Verständigung und des guten, ehrlichen Willens aufgebaut ist; er ist, wie der Vorwärts schreibt, vielmehr ein Gewaltstreben,

da eine wettliche neue Rechtsordnung nicht zu schaffen vermugt und der durch gemeinsamen Druck Deutschösterreich nur noch fester an Deutschland schmiegen wird. Sowohl muß es die Verfassung des Völkerbundes anerkennen, aber es wird nicht nach dessen Bestimmungen behandelt. Es muß auf alle Rechte, die es außerhalb der europäischen Grenzen hat, verzichten, muß sich zur völligen Demobilisierung aller seiner Streitkräfte bereit erklären, muß die Kriegsschiffe mit Einschluß der Donauschiffe den hauptsächlichen alliierten und assoziierten Mächten ausliefern und darf keine neuen bauen, muß sich für den Kanalverkehr sowie bezüglich der Wirtschaftspolitik den gleichen Bestimmungen wie Deutschland unterwerfen (für den österreichischen Handelsverkehr über früher österreichisch-ungarisches Gebiet, um Schwerpunkt einen Zugang zur Adria zu sichern, sind besondere Vereinbarungen getroffen), muß endlich den Frei-Elisabeth-Vertrag sowie die Neutralitätsverträge für Augsburg und Belgien aufnehmen.

Eine Kommission wird den Anteil von den Kriegskosten des höheren Österreich für jeden der neugegründeten Staaten festzulegen.

Es wird weiterhin die Bestrafung aller Personen, die sich der Verleugnung der Kriegsgefechte schuldig gemacht haben, gefordert. Dieselben sind ohne Rücksicht auf Rang und Stand zur Aburteilung auszurechnen.

Die Bestimmungen über die Luftschiffahrt, den Hölzerbund, die Verwaltung der Soldatengräber und die Kriegsgefangenen entsprechen denjenigen, die für Deutschland in Frage kommen. Ganz verichtet die Österreichische Rundschau.

Die Feinde haben in den Friedensvertrag für Österreich, so wird nämlich Deutschösterreich im Vertrage genannt, die Bestimmung eingearbeitet, alle in Neuösterreich tätigen Reichsdeutschen in leidenden Stellungen, namentlich auch bei der Presse, müssen sofort ausgewiesen werden. Neuösterreich soll vom deutschen Geiste gründlich gesäubert werden.

Die Übereinkunft des Friedensvertrages an die Deutschösterreicher fand Montag mittag programmäßig statt. Clemenceau nahm das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er gab eine Übersicht über den Inhalt des Vertrages und teilte dann mit, daß den Österreichern

14 Tage Zeit

gelassen würde, ihre Einwände auf die bereits überreichten Vertragbestimmungen in schriftlicher Form vorzubringen. Darauf

würde die Entente die Antwort erellen und die Frist bestimmen, binnen der sich Österreich zur Unterschrift oder Ablehnung zu entscheiden habe. Nach Clemenceau nahm Staatskanzler Rennen das Wort und schloß seine in französischer Sprache gehaltenen Ausführungen mit den Worten: "Wir wissen, daß Sie die Sieger sind, und wir sind entschlossen, mit dem besten Willen Ihre Bedingungen zu prüfen und Ihre Maßnahmen entgegenzunehmen."

Wien, 8. Juni. Die Nationalversammlung soll Mittwoch oder Donnerstag zusammentreten. Es ist eine große Kundgebung der Nationalversammlung geplant, nach welcher noch dem Minister Bauer je ein Redner der drei großen Parteien sprechen soll.

Streit der Schiffahrtsangestellten.

Wien, 8. Juni. (Torres-Bureau). Bei der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft wie der Südböhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft sind etwa 4000 Beamte und Angestellte ausständig. Die Arbeitnehmer glauben, daß der Ausstand innerhalb 48 Stunden beigelegt ist.

Die Entente-Schiebungen im Rheinland.

Immer klarer wird es, daß die Ausrufung der sogenannten rheinischen Republik eine Wache ist, die von den Besetzungsbehörden ausgeht, mit denen aber die Bevölkerung nichts zu tun hat. Vergleichend ist, daß die Bekanntmachung der neuen Republik von anonymen Ausschiffen in den verschiedenen Orten veröffentlicht worden ist, so von einem russischen, einem rheinischen und einem pfälzischen Arbeitsausschuß. In der Proklamation wird mitgeteilt, daß die vorläufige Regierung durch Delegierte der Ausschüsse gebildet wird und daß die Erlaubnis zur unverzüglichen Vornahme von Wahlen zur rheinischen Landesversammlung auf der Grundlage des Wahlrechts zur deutschen Nationalversammlung und deren baldige Einberufung sofort nachgeschickt werden würde. Der St. der Regierung und Landesversammlung soll Koblenz sein. Die einstweilige Regierung soll ihren Sitz in Wiesbaden haben. An Stelle der preußischen, bayerischen und hessischen Regierung tritt die vorläufige Regierung.

Es hat sich auch ein Individuum gefunden, das sich als Präsident der neugebildeten Republik aufgetan hat, ein Staatsanwalt außer Dienst, Doretz, in Wiesbaden. Dieser Mann hat die Freiheit geahnt, dem Reichspräsidenten die Proklamation der rheinischen Republik im Verbande des Deutschen Reiches anzugeben und er hat auch dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Versailles und den Staatsoberhäuptern der Ottobundsmächte gleichfalls die Proklamation notifiziert. Er erachtet den deutschen Ministerpräsidenten, daß Zusammenwirken der neuen Republik mit der deutschen Friedensdelegation zu genehmigen. Die Reichsregierung hat auf dieses Vorgehen des Herrn Doretz mit einer Erklärung geantwortet, in der sie mitteilt, daß sie den Reichstag wahl annehmen will, gegen Herrn Doretz und die übrigen Mitglieder der sogenannten Regierung der rheinischen Republik das Verfahren wegen Hochverrats einzuleiten.

In den besetzten Gebieten hat eine lebhafte Protestbewegung eingesetzt. In Mainz ist der Präsident der hessischen Landesversammlung, Genoss Adelung, wegen Aufstezung zum Streik von den Franzosen verhaftet worden. Während in Mainz der Streik fortduert, ist in Wiesbaden der Streik gestern nachmittag zu Ende gegangen. Der französische Kommandant Vinot ließ alle Behörden antreten und erklärte ihnen, daß sie alle abgetrennen würden, wenn die Arbeit nicht wieder aufgenommen werde. Dientz Drud hat sich die Arbeiterschaft unterworfen und die Arbeit wieder aufgenommen. Die französische Besatzungsbehörde hat von dem Wiesbadener Polizeidirektor verlangt, er solle dafür sorgen, daß Plakate, die die Proklamation der rheinischen Republik enthalten, nicht entfernt würden. Der Führer der Deutschnationalen Partei, Landgerichtsrat v. Stein, der Herrn Vinot einen Protest gegen die Ausrufung der rheinischen Republik übermittelte, wurde mit Ausweisung bedroht. Der Regierungspräsident v. Weizsäcker, dem von Vinot mitgeteilt wurde, daß er der neuen Regierung unterstellt sei, hat seinen Abschied genommen.

In Ludwigshafen trat die Arbeiterschaft zum Protest gegen die Ausrufung der rheinischen Republik am Montag, nachmittags 3 Uhr, in den Generalstreik ein. Als in Speyer die Herren Hoos und Genossen die rheinische Republik aufzufrufen wollten, stürzten sich die empörte Masse auf sie. Hoos soll dabei geschossen haben. Er wurde derartig verprügelt, daß er schwer verletzt vom Platz getragen werden mußte. Die Besetzungsbehörden verhindern die Presse, gegen die Loserziehungsbewegungen Stellung zu nehmen. Die britische Besetzungsbehörde hat den Zeitungen in dem von den Engländern besetzten Gebiet verbieten, Artikel gegen die Errichtung der rheinischen Republik oder amtliche Bekanntmachungen zu bringen. Die Mainzer Zeitungen sind sogar gezwungen worden, eine Proklamation für die rheinische Republik zu bringen.

Das Vorgehen der feindlichen Besatzungsbehörden stellt einen groben Bruch des Waffenstillstands dar. Die Offiziereigenenschaften sind in seiner Weise bestreitet, so in die uner-

politischen Verhältnisse eingzugreifen. Für Deutschland bilden die Besetzungen im Rheinland natürlich eine schwere Gefahr. Vorläufig ist ja davon die Rede, daß die neugebildete Republik im Verbande des deutschen Reichs bleiben soll, aber die Behörden der Alliierten sind sicher von dem Bestreben gelehrt, durch die Errichtung der rheinischen Republik das Rheingebiet vollständig vom Deutschen loszureißen. Es ist erfurchtlich, daß die Wehrmacht der Bevölkerung von den Loserziehungsbewegungen nichts wissen will. Es scheint nur eine Unzahl Herren aus den besetzten Staaten zu sein, die sich dazu hergeben, der Entente Vorspanndienste zu leisten. Hoffentlich scheitern alle diese Loserziehungsbewegungen an dem entschiedenen Widerstand der Bevölkerung.

Frobergers Ausschelden.

König, 2. Juni. Redakteur Dr. Froberger erläutert in einer Gräflicht an die Königliche Volkszeitung, daß für die Messe nach Mainz und die dortige Bevölkerung er die Verantwortung ausschließlich allein zu tragen habe. Um sowohl dem Verlage als auch der Redaktion der Königlichen Volkszeitung weitere unerwünschte Angriffe zu ersparen und zur Verhinderung der Bevölkerung einerseits beizutragen, schreibt er einstweil auf eigenen Antrag aus dem Redaktionsverbande der Königlichen Volkszeitung aus.

Die Warnung der deutschen Regierung und die Waffenstillstandskommission.

Ein zuständiger Stelle erfahren die V. V. R.: General Rabant hat am 8. Mai formellen Protest dagegen eingelegt, daß die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa die Warnung der deutschen Regierung vor Teilnahme an den rheinischen Sonderbetreibungen auf telephonischer Weise den deutschen Bürgern im besetzten Gebiet mitteilte. Rabant forderte an, daß im Biederholzschloß der Waffenstillstandskommission im Spa eingeschränkt werden würde.

Der Unverstand der Massen.

Die Sozialdemokratische Partei hat niemals, wie ihre reaktionären Gegner mit Unrecht behaupteten, Massenarbeit betrieben. Doch sie den sozial und geistig unterdrückten Massen die Lüdighaftigkeit ihres Wissens, die Notwendigkeit ihres geistigen Aufstiegs klar gemacht hat, doch sie zur Lehrerin und Führerin ihrer wurde, die von der kapitalistischen Gesellschaft auch geistig entzweit wurden, das war ihr großer kulturgeistlicher Verdienst. Wenn es heute Tausende und aber Tausende deutscher Arbeiter gibt, die einen angeschlagenen Platz im öffentlichen Leben behaupten können, wenn die ganze große Masse trotz alledem heute politisch weit besser geachtet ist als vor dreißig Jahren oder zu irgendeiner Zeit zuvor, so ist das ein Erfolg der ungeborenen Arbeit, die die Sozialdemokratie auf diesem Gebiete geleistet hat.

Damit soll keineswegs negiert sein, daß die Arbeiterschaft als Ganze schon ein Recht hätte, sich dessen zu rühmen, wie herlich weit sie es gebracht hat. Selbstverständnis ist für den erfolgreichen Kampf einer Klasse ebenso notwendig wie für den eines einzelnen. Und wenn die Arbeiterschaft den geistigen Zustand betrachtet, in den ein erheblicher Teil von ihr jetzt hineingeraten ist, so findet sie sehr viel Ursache zur Selbstkritik.

Karl Rautsky hat in der Zeitschrift Der Sozialist einen Artikel "Schlampe und Massenpsychie" veröffentlicht, der als ein geistiges Dokument der deutschen Arbeiterschaft zu werten ist. Der als Theoretiker des Sozialismus könftigt hier in einem wahren Bergsteigungsfall gegen die Entfesselung der Unvernunft, der Unwissenheit, wie er selbst sagt, "des geistigen Knottentums," wie sie in der Partei über Unabhängigkeit namentlich von der Richtung Dümigs gefordert wird. Rautsky sagt:

"Ebdem war Marx und Engels Holz auf den theoretischen Sinn des Proletariats, auf seinen Durst nach Wissen, auf seinen Kämpf vor wissenschaftlicher Einsicht. Heute dagegen wird den Massen die Selbstlosigkeit der Unwissenheit gepredigt, die Neugierdeheit ihrer dichten Instinkte über flache wissenschaftliche Kenntnis. . . Damit wird das Proletariat geistig begraben, und welche dem Sozialismus und der Revolution, wenn her Räte-

der Sonne und müsse. Die von der deutschen Delegation ergriffen Fragen seien von der Arbeitserkommision der Konferenz gestellt worden. Die Kommision sei zu keinem Schluß gekommen, doch Fragen seien Sachen der internationalen Arbeitskonferenz. Dem Vorwurfe, daß die alliierten und aufgelegten Regierungen in ihrem Entwurf von den demokratischen Grundsätzen abweichen seien, müsse entgegengesetzt werden, daß die Delegierten der Regierungen bei den Arbeitserkommisionen, jedenfalls über die Delegierten der alliierten und aufgelegten Regierungen auch die Stelle der Präsidentschaft dieser Länder vertreten, und daß ein sehr erheblicher Prozentsatz der Arbeiterschaft in allgemeinen Bevölkerungsverbänden nicht zusammengeschlossen sei. Es könne auch nicht geslossen werden, daß die bestreite Beschuldigung zunächst gemacht werde, falls nur ein Fünftel der beteiligten Regierungen Einigung erhebe. Schließlich möchte die Rote darauf aufmerksam machen, daß die Vorbereitung zur ersten Versammlung der interalliierten Streitkommisionen, die im Oktober stattfinden soll, eifrig bestritten werden. Es liegt kein Bedürfnis vor, den Arbeitstag in Versailles zu versammeln. Es liegt nur der Wunsch vor, den Streiken möglichst bald wieder herzuholen und die Bestimmungen eines sozialen Programms zur Ausnahme zu bringen, das wohl ohne Zweifel schon bestimmt worden wäre, wenn nicht die deutschen Angreiffe die Gedanken und Sorgen der ganzen Welt dem Kampf für die Freiheit zugewandt und die Männer gezwungen hätten, die Wahrung ihrer Unabhängigkeit jedem anderen Land vorzuschieben.

Selbststrafe bei den Unabhängigen.

Nachdem kürzlich Dr. Hertz und Dr. Riesieple in Hamburg ihre Kritik in der unabhängigen Partei niedergelegt haben, weil sie den Ruth in den Sozialismus nicht mitmachen wollten, ergreift jetzt in der Wiener Arbeiterzeitung Heinrich Ströbel das Wort, um sich mit seinen Parteikunden über die Vorstellungen der proletarischen Einheitsfront auszutauschen. Er meint, die Arbeiterschaft sei nicht so wunderbarlos und trittlos, wie der Formel „Alle Kraft der Arbeiterräte“ alles Heil zu erwarten. Man müsse klar aussprechen, was man unter dem Rötelystem verstehe — insbesondere, ob man durch diese die Nationalversammlung ausschalten wolle. Ströbel legt weiter:

Will man also nur die sozialistische Einheitsregierung und das Wahlbestimmungsrecht der Räte bis hinauf zur Rätekommission, so soll man diese Rötelung klar und scharf umgrenzen. Wenn durch Verdunkelung dieser Ziele und durch falsches Verquidung mit der kommunistischen Fortsetzung der einleitigen Rötelstatus diskutiert wird, so ist bei den nicht kommunistischen Arbeitern ebensoviel zu tun.

Durch die Lösung „Alle Macht den Arbeiterräten!“ sagt Ströbel weiter, nähre man den Vergleich, als könne heute irgend eine sozialistische Regierung im Göttempo Sozialisierungen und durchgreifende Verbesserungen der Lage des Arbeitersstandes herbeiführen. Leichter kann diesen Illusionen entsprechen, um sich die Unmöglichkeit einer Opposition der Außenfront zu ersparen. Doch peinlicher könnte man später die sträfliche Schwäche Böhmen zum Beweis der heutigen Herrschenden Monarchie weiss Ströbel auf das Verlangen nach einer „Sozialisierung der Eisenbahnen“ hin, die ja schon ein Defekt von zwei Milliarden aufzuweisen, und schließen:

Was könnte da sich einer rein sozialistischen Regierung wünschen, wenn sie nicht rechtzeitig den Arbeitersmassen volles Vertrauen für das politisch Erreichbare und das wirtschaftlich Mögliche beibrachte? Keine Frage also: die proletarische Einheitsfront ist eine politische Notwendigkeit. Sie ist die einzige Rettung Preußlands. Doch ist sie weder zu schaffen noch gar zu halten ohne den Willen der politischen Aufrichtigkeit.

Besser als es hier Ströbel tut, könnten wir auch nicht darüber, was und Mehrheitssozialisten von den Unabhängigen trennen. Da so weniger verständlich ist, daß Ströbel im ersten Teil seines Artikels gegen die Mehrheitssozialisten in einer Weise takt, als wollte er keinen österreichischen Feind den Unschlag an Deutschland gewesen verehren. Wir sind keine Phantäse, die sagen „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene“, sondern wissen uns von Feinden nicht frei. Über gerade aus Südböhmen Ausführungen geht mit leuchtender Farbe vorher, daß die Widerstandslosigkeit der Unabhängigen gegen den sozialistischen Fabrikanten und ihre politische Unaufrechtschafft die Hauptursache für die Verwirrung in der Arbeitersbewegung sei. Ströbel braucht selber nur einen kleinen Schritt in der politischen Aufrichtigkeit weiterzugehen, um zu erkennen, daß die Mehrheitspartei unter einem Sonnenschein steht, unter dem sie die unaufrechte Politik der Unabhängigen gestellt hat.

Die Leiche Rosa Luxemburg?

Eine Sonntagszeitung berichtet: In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde von einem militärischen Wachdienst eine Runde im Landeskloster gefangen. Man benachrichtigte, nachdem die Räte geborgen waren, die Wachdienstkommission, die unter Führung des Oberregierungsrates Hoppe an der Kundstelle erschien. Da der Körper der Frau und auch der Hundekopf eines Wachsoldaten dafür boten, daß man die Leiche Rosa Luxemburg vor sich habe, wurde der Berliner Polizeipräsident Ernst sofort benachrichtigt. Die gefundene Leiche wurde auf Veranlassung des Polizeidienstes in das Leichenhaus in der Hannoverschen Straße übergebracht und hier aufgebahrt.

Im Laufe des Sonntags ist nun die Leiche der Frau durch ein militärisches Kommando aus dem Schauhaus entfernt und nach Süden gebracht worden.

Erst im Laufe des Sonntags nachmittag wurde von dem Sonntagsbericht dem Untersuchungsrat im Fall Rosa Luxemburg, dem Kriegsgerichtsrat Ströbel, der an Stelle des auf Urlaub befindlichen Kriegsgerichtsrats Doerss die Untersuchung in dem Fall Vogel übernommen hat, vom Polizeipräsidium mitgeteilt, daß vermutlich der Körper der Frau Luxemburg an der Leichenstube gefunden und nach dem Schauhaus gebracht worden sei. Ströbel begab sich im Nachtmagazin in das Lüdenscheider Museum und hörte hier zu seinem großen Überraschung, daß die Räte auf Befehl des Reichsministers noch keinen geschafft worden sei. Da die Verklärung dem Untersuchungsrat nicht plausibel erschien, drückte er sich zum Rechtsermittler aus, der jedoch nicht antwortete. Dagegen wurde Herr Vogel von dem Abteilungsleiter Major a. D. Wilhelmi empfangen und dieser bestätigte dem Untersuchungsrat, daß in der Tat die aufgefundene Leiche, in der man Frau Luxemburg vermutet, noch nicht geschafft worden sei, um die Räte nicht zu belästigen und um

politische Demonstrationen

zu verhindern. Am Abend gab Major a. D. Wilhelmi dem Kriegsgerichtsrat

rat Ströbel den Rat, sich mit Polizeipräsident Ernst und Oberregierungsrat Hoppe in Verbindung zu setzen, da beide bei der Aufzündung der Räte zugeschauten seien. Kriegsgerichtsrat Ströbel protestierte sofort in schärfster Weise gegen diesen Angriff des Reichsministers in das Amt des Ministers. Als Untersuchungsrat habe nur er das Recht, über die aufgefundene Leiche zu verfügen und ihre Sektion anzuschauen. Es bestreute ihn außerordentlich, daß man ihm noch nicht einmal mitgeteilt habe, wer denn die Räte gewesen seien, und daß er nun selbst erste Grabungen darüber anstellen müsse, wenn der Körper im Sammelsarkophag entdeckt und geborgen habe.

Am Montag morgen gelang es dem Untersuchungsrat, eine Konferenz mit dem Reichsminister Rothe zu erkämpfen. Ströbel äußerte sich gegenüber die schon dem Major a. D. Wilhelmi gegenüber gemachten Bedenken und fügte hinzu, daß er bei fortgesetztem Rücktransport der Leiche veranlassen würde, wenn der Befehl nicht von Rothe in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber in den Moraten ausgegangen wäre. Rothe erwiderte, daß er, bevor er den Befehl zur Überführung nach Boffen gegeben habe, eine Beratung mit dem im Wehramt befindlichen Generaldirektor habe. Er sei der Ansicht, daß im Interesse einer ruhigen Unterbringung die Sektion besser in Boffen stattfinden würde, da bei der augenscheinlich gereichten Sitzung in Berlin politische Demonstrationen zu erwarten seien, die man besser vermeiden würde. Daraufhin erklärte Kriegsgerichtsrat Ströbel, daß er in diesem Fall einverstanden sei, daß die Leiche vorläufig in Boffen verbleibe, daß er jedoch die für die Sektion notwendigen Arzte bestimmen werde und daß er außerdem der Ansicht sei, daß die Rechtsanwälte Bötschen, Liebmann und Weinberg zu der Obduktion eingezogen werden sollen.

Die Untersuchungskommision und die Arzte sollen sich noch Montag nachmittag nach Boffen begeben, um dort festzustellen, ob die aufgefundene Leiche tatsächlich die Rosa Luxemburgs ist.

Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, der als Vertreter der Familie des Frau Dr. Luxemburg in der Unterbringungskommision eingesetzt war, bat einen Brief nachstehenden Inhalts an das Kriegsgericht des Gardekorps-Gefechtskorps gerichtet: „Aufadem der Reichsminister Rothe entnahmen den geleglichen Bestimmungen eigenmächtig die Leiche der ermordeten Frau Dr. Luxemburg aus dem Leichenhaus und nach dem Truppenübungsplatz Boffen, das fortgeschafft lassen, trotzdem ihm bekannt war, daß eine Wallfahrt, namentlich wenn sie bereits seit Monaten im Wasser gelegen hat, vor der Obduktion besonders vorsichtig behandelt werden mußte, ist jede Möglichkeit geschwunden, den Leichnam aufzufinden. Ich muß es deshalb ablehnen, an der Obduktion teilzunehmen und hierdurch die Obduktion den Untergang eines wirklich der Auflösung des Leichbades bleibenden Zuflusses zu geben.“

1. Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Jena, 30. Mai.

k. Die Generalversammlung stimmt den vom provisorischen Centralrat der preußischen Eisenbahnerkette aufgestellten Richtlinien über das Rätesystem bei den deutschen Staats-Eisenbahnen zu. Diese Richtlinien sehen das volle Kontroll- und Wahlbestimmungsrecht auf allen Verwaltungsbüros vor. Es sollen Kreisverwaltungen gebildet werden im Bereich des Betriebs-, Maschinen-, Vertriebs- und Werkstättenamtes, dann Bezirkseinheiten am Ende der Eisenbahnlinien und Central-Eisenbahnerküte mit dem Ende bei den Eisenbahnministern der Kreisbanken. Wahlberechtigt und wählbar sollen alle arbeitsschaffenden männlichen und weiblichen Arbeiter und Beamten sein. Der von der Statutenberatungskommision aussortierten Satzungsnorm ist begründet. Rögar. Die Kommision hat sich die Aufgabe gestellt, ein Statut auf völlig demokratischer Grundlage für das politisch Erreichbare und das wirtschaftlich Mögliche beizubringen! Keine Frage also: die proletarische Einheitsfront ist eine politische Notwendigkeit. Sie ist die einzige Rettung Preußlands. Doch ist sie weder zu schaffen noch gar zu halten ohne den Willen der politischen Aufrichtigkeit.

Besser als es hier Ströbel tut, könnten wir auch nicht darüber, was und Mehrheitssozialisten von den Unabhängigen trennen.

Da so weniger verständlich ist, daß Ströbel im ersten Teil seines Artikels gegen die Mehrheitssozialisten in einer Weise takt, als wollte er keinen österreichischen Feind den Unschlag an Deutschland gewesen verehren. Wir sind keine Phantäse, die sagen „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene“, sondern wissen uns von Feinden nicht frei.

Über gerade aus Südböhmen Ausführungen geht mit leuchtender Farbe vorher, daß die Widerstandslosigkeit der Unabhängigen gegen den sozialistischen Fabrikanten und ihre politische Unaufrechtschafft die Hauptursache für die Verwirrung in der Arbeitersbewegung sei. Ströbel braucht selber nur einen kleinen Schritt in der politischen Aufrichtigkeit weiterzugehen, um zu erkennen, daß die Mehrheitspartei unter einem Sonnenschein steht, unter dem sie die unaufrechte Politik der Unabhängigen gestellt hat.

Die Gründung der Rögar ist nun die Leiche der Frau durch ein militärisches Kommando aus dem Schauhaus entfernt und nach Süden gebracht worden.

Erst im Laufe des Sonntags nachmittag wurde von dem Sonntagsbericht dem Untersuchungsrat im Fall Rosa Luxemburg, dem Kriegsgerichtsrat Ströbel, der an Stelle des auf Urlaub befindlichen Kriegsgerichtsrats Doerss die Untersuchung in dem Fall Vogel übernommen hat, vom Polizeipräsidium mitgeteilt,

daß vermutlich der Körper der Frau Luxemburg an der Leichenstube gefunden und nach dem Schauhaus gebracht worden sei. Ströbel begab sich im Nachtmagazin in das Lüdenscheider Museum und hörte hier zu seinem großen Überraschung,

daß die Räte auf Befehl des Reichsministers noch keinen geschafft worden sei. Da die Verklärung dem Untersuchungsrat nicht plausibel erschien, drückte er sich zum Rechtsermittler aus,

der jedoch nicht antwortete. Dagegen wurde Herr Vogel von dem Abteilungsleiter Major a. D. Wilhelmi empfangen und dieser bestätigte dem Untersuchungsrat,

daß in der Tat die aufgefundene Leiche, in der man Frau Luxemburg vermutet, noch nicht geschafft worden sei, um die Räte nicht zu belästigen und um

die politischen Demonstrationen zu verhindern. Am Abend gab Major a. D. Wilhelmi dem Kriegsgerichtsrat

rat Ströbel den Rat, sich mit Polizeipräsident Ernst und Oberregierungsrat Hoppe in Verbindung zu setzen, da beide bei der Aufzündung der Räte zugeschauten seien. Kriegsgerichtsrat Ströbel protestierte sofort in schärfster Weise gegen diesen Angriff des Reichsministers in das Amt des Ministers. Als Untersuchungsrat habe nur er das Recht, über die aufgefundene Leiche zu verfügen und ihre Sektion anzuschauen. Es bestreute ihn außerordentlich, daß man ihm noch nicht einmal mitgeteilt habe, wer denn die Räte gewesen seien, und daß er nun selbst erste Grabungen darüber anstellen müsse, wenn der Körper im Sammelsarkophag entdeckt und geborgen habe.

Am Montag morgen gelang es dem Untersuchungsrat,

ein Konferenz mit dem Reichsminister Rothe zu erkämpfen.

Ströbel äußerte sich gegenüber die schon dem Major a. D. Wilhelmi gegenüber gemachten Bedenken und fügte hinzu,

dass er bei fortgesetztem Rücktransport der Leiche veranlassen würde,

wenn der Befehl nicht von Rothe in seiner Eigenschaft

als Oberbefehlshaber in den Moraten ausgegangen wäre.

Als Untersuchungsrat habe nur er das Recht,

über die aufgefundene Leiche zu verfügen und ihre Sektion anzuschauen.

Es bestreute ihn außerordentlich,

daß man ihm noch nicht einmal mitgeteilt habe,

wer denn die Räte gewesen seien, und daß er nun selbst erste Grabungen darüber anstellen müsse, wenn der Körper im Sammelsarkophag entdeckt und geborgen habe.

Am Montag morgen gelang es dem Untersuchungsrat,

eine Konferenz mit dem Reichsminister Rothe zu erkämpfen.

Ströbel äußerte sich gegenüber die schon dem Major a. D. Wilhelmi gegenüber gemachten Bedenken und fügte hinzu,

dass er bei fortgesetztem Rücktransport der Leiche veranlassen würde,

wenn der Befehl nicht von Rothe in seiner Eigenschaft

als Oberbefehlshaber in den Moraten ausgegangen wäre.

Als Untersuchungsrat habe nur er das Recht,

über die aufgefundene Leiche zu verfügen und ihre Sektion anzuschauen.

Es bestreute ihn außerordentlich,

daß man ihm noch nicht einmal mitgeteilt habe,

wer denn die Räte gewesen seien, und daß er nun selbst erste Grabungen darüber anstellen müsse, wenn der Körper im Sammelsarkophag entdeckt und geborgen habe.

Am Montag morgen gelang es dem Untersuchungsrat,

eine Konferenz mit dem Reichsminister Rothe zu erkämpfen.

Ströbel äußerte sich gegenüber die schon dem Major a. D. Wilhelmi gegenüber gemachten Bedenken und fügte hinzu,

dass er bei fortgesetztem Rücktransport der Leiche veranlassen würde,

wenn der Befehl nicht von Rothe in seiner Eigenschaft

als Oberbefehlshaber in den Moraten ausgegangen wäre.

Als Untersuchungsrat habe nur er das Recht,

über die aufgefundene Leiche zu verfügen und ihre Sektion anzuschauen.

Es bestreute ihn außerordentlich,

daß man ihm noch nicht einmal mitgeteilt habe,

wer denn die Räte gewesen seien, und daß er nun selbst erste Grabungen darüber anstellen müsse, wenn der Körper im Sammelsarkophag entdeckt und geborgen habe.

Am Montag morgen gelang es dem Untersuchungsrat,

eine Konferenz mit dem Reichsminister Rothe zu erkämpfen.

Ströbel äußerte sich gegenüber die schon dem Major a. D. Wilhelmi gegenüber gemachten Bedenken und fügte hinzu,

dass er bei fortgesetztem Rücktransport der Leiche veranlassen würde,

wenn der Befehl nicht von Rothe in seiner Eigenschaft

als Oberbefehlshaber in den Moraten ausgegangen wäre.

Als Untersuchungsrat habe nur er das Recht,

über die aufgefundene Leiche zu verfügen und ihre Sektion anzuschauen.

Es bestreute ihn außerordentlich,

daß man ihm noch nicht einmal mitgeteilt habe,

wer denn die Räte gewesen seien, und daß er nun selbst erste Grabungen darüber anstellen müsse, wenn der Körper im Sammelsarkophag entdeckt und geborgen habe.

Am Montag morgen gelang es dem Untersuchungsrat,

eine Konferenz mit dem Reichsminister Rothe zu erkämpfen.

Ströbel äußerte sich gegenüber die schon dem Major a. D. Wilhelmi gegenüber gemachten Bedenken und fügte hinzu,

dass er bei fortgesetztem Rücktransport der Leiche veranlassen würde,

wenn der Befehl nicht von Rothe in seiner Eigenschaft

als Oberbefehlshaber in den Moraten ausgegangen wäre.

Als Untersuchungsrat habe nur er das Recht,

über die aufgefundene Leiche zu verfügen und ihre Sektion anzuschauen.

Es bestreute ihn außerordentlich,

daß man ihm noch nicht einmal mitgeteilt habe,

wer denn die Räte gewesen seien, und daß er nun selbst erste Grabungen darüber anstellen müsse, wenn der Körper im Samm

Dienstag den 8. Juni 1919

Dresdner Volkszeitung

Seite 4

DRESDNER BANK

Aktiva.

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Passiva.

Kasse, fremde Geldscheine, Zinscheine und Gutscheine bei Noten- und Abrechnungsbanken Wechsel und universalische Schatzausweisungen
a) Wechselseitige und universelle Schatzausweisungen des Reiches und der Bundesstaaten
b) eigene Aktepte
c) eigene Ziehungen
d) Scheckwechsel der Kunden an die Order der Bank
Notenauflagen bei Banken und Bankfirmen Reparate und Louhausse gegen börsengünstige Wertpapiere
Vorschüsse auf Waren und Wareneinschüllungen davon am Bilanzende gedreht
a) durch Waren, Frucht- oder Lagerscheine
b) durch andre Sicherheiten
Eigen-Wertpapiere
a) Anteilseid und universalische Schatzausweisungen des Reiches und der Bundesstaaten (davon 8675890,05 M. veranschlagte Schatzausweisungen)
b) sonstige bei der Reichsbank und andern Zentralnotenbanken befindliche Wertpapiere
c) sonstige börsengünstige Wertpapiere
d) sonstige Wertpapiere
Konsortial-Einlagerungen
Dauernde Einlagerungen bei andern Banken und Bankfirmen
Schuldmittel in laufender Rechnung
a) geleistet
b) umgedeckte außerdem Aval- und Bürgeschäfts-schulden 456516390,55 M.
Hierunter: Aval-Forderungen an Reich und Reichsbank 152326732,50 M.
Bankgeschäfte
a) Sonstige Kontoauszüge
Mobilien-Konto
Pensions-Fonds-Effekten-Konto
Pensions-Konto der König-Friedrich-August-Stiftung
Effekten-Konto der Georg-Armasied-Stiftung
Saldo der Zentrale und auswärtigen Ablieferungen mit unserer Niederlassung in London

2871830415	-	2871830415	70
			2871830415
			-
104414427	50		
250175361	50		
15369722	35		
8196210	15		
255789	45		
148734335	40		
112050320	95		
24991790	95		
37712132	95		
5246751	95		
56532421	80		
67367814	55		
1618128001	25		
4297817	60		
5823135	55		
1019400	55		
1544386	10		
96205	-		
122250	-		
20126165	50		
4598000815	-		

Aktien-Kapital-Konto
Reichslage A -
Reichslage B -
Talonschein-Reichslage-Konto
Glaubiger
a) Nachverpflichtungen (soweit der Reich und Reichsbank übernommen)
b) seitens der Kundschulden bei Dritten benutzte Kredite
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen
d) Forderungen auf provisioenstreier
Reichsbank
1. innerhalb sieben Tagen fällig
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig
3. nach drei Monaten fällig
e) sonstige Glaubiger
1. innerhalb sieben Tagen fällig
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig
3. nach drei Monaten fällig
Akkorde und Schecks
a) Akkorde
b) noch nicht eingelöste Schecks

652059716	70		
450050120	65		
528507781	55		
140597020	55		
810385200	55		
1211638200	55		
50587000	15		
13112847	50		
4598000815	-		

Außerdem
Aus- und Ausprachungsvorbehalt der Reich und Reichsbank übernommen) 456516390,55 M.
Eigene Ziehungen davon in Rechnung
Dritter -
Weiterherbg. Solschweil der Kunden an die Order der Bank -
Dividenden-Konto
Pensions-Fonds-Konto
König-Friedrich-August-Stiftung
Georg-Armasied-Stiftung
Übertragungsposten der Zentrale und Filialen untereinander
Reingewinn

Dresden, den 31. Dezember 1918.

DRESDNER BANK.

E. Gutmann, Nathan, Jüdell, Herbert M. Gutmann, Hrdina, Kleemann.

4. Kreis, Gruppe Loschwitz.
Freitag den 8. Juni, abends 8 Uhr im Feindlos Restaurant
wichtige Gruppenstiftung.

1. Vorlesung des Rektorats Gen. Pottels: Die gesamtheitliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der Volksversorgung.
Die Belehrungsstunde.
Die Jugendgenossen treffen sich Donnerstag den 5. Juni, abends 7 Uhr, an der Gule in Loschwitz, Namensstr. 2, über
nach dem neuen Jugendhof blau, Übersborner Straße. Die
Vorlesung aller Jugendgenossinnen und -genossen erinnert
an den Annenbeitrag.

Gruppe Radeberg.

Donnerstag den 5. Juni, abends 7½ Uhr [1412]

Mitglieder-Versammlung.
Das Eröffnen aller Mitglieder ist erwünscht. Die Gruppenleitung.Sozialdemokr. — Verein — Königsbrück.
Donnerstag den 5. Juni bei HartmannMitglieder-Versammlung.
Büro für Tagessitzung. [1412] Der Belegsleiter,

Morgen:

Große Kundgebung
bei
Bundes d. Deutschen in Böhmen

Wittwoch den 4. Juni, abends 7½ Uhr
im im Kino, Wittenerstraße 111
unter Mitwirkung bedeutender Redner, des
Dresdner Männer-Gesangsvereins und des
Vereins Johannes Pauli. 111
Eintritt frei. [1421]

Königshof-Theater

Täglich 7½ Uhr. [1423]

Mizzi und Muzzi

Operette von R. G. Dellinger. Muß von Brenner.

Im den Titrollen die Damen M. Staff und E. Hambeck.

MUSENHALLE

Fest. 28.000. Rennbahnstr. 17. Straßenbahnlinien 1, 13, 23

Läuft 7½ Uhr. **Mit neuem Lachschlag!**

Der Taugenichts!

Schaus.-Operette in 4 Akten.

Staufführung. Über berührt lachen will der Komödie!

Onkel Toms Hütte

Großes Opernhaus — Linie 2 (Kombination).

Jeden Mittwoch [1417]

Garten-Konzert und Touren-Tanz im kurfürstlichen Saale.

H. Speisen und Getränke. Dr. Kautz und Dr. Krause.

Gasthof Wölfritz

Wittwoch. Mittwoch, 9 Uhr [1412]

Großes Garten-Konzert

von der Aussicht des Dresdner Wölfitzer Hofes.

Im Saale ab 6 Uhr, zur Blumenabend 4 Uhr

Öffentlicher Ball.

Wilder Mann

Morgen Mittwoch von 8 Uhr an

Vollständig renoviert! Neues Parkett! [1412]

Gasthof Mockritz

Morgen Mittwoch

Spaß mit Tanz: Damen 1,50 Herren 2,00 Uhr

Kunst 2 Uhr. [1412]

Reunion.

Spaß mit Tanz: Damen 1,50 Herren 2,00 Uhr

Kunst 2 Uhr. [1412]

200 M. Belohnung

Siehe ich bestimmen, der mir auf Zillebergslang eine mit am

1. Mai in der Straßenbahn Wölfitzer-Blumenabend von einer

dame geschlossene Zeit-Kammer 1,50 verschafft. Mitteilungen

und Geschenke u. s. w. erbeten.

B.H.

B.H.

BALLHAUS

Bautzner Straße 25

Jeden Sonntag u. Mittwoch

Vornehmes Ballfest

Neueste Tänze. Ballorchester Schönberg

(persönliche Leitung). Vorzügliche Weine

Felsenkeller.

Strassenbahnlinie 22.

Morgen Mittwochs-Ball.

der beliebte Früh-Konzert. [1412]

Union-Bar, Schlossergasse 6

1 Minute vom Altmarkt [1412]

Allabendlich Großstadtbetrieb!

Astoria-Lichtspiele, Scheffelstraße 24

Vom Dienstag bis mit Donnerstag

Rosa Porten

in Das Glück im Eulenhof

Großes Reinhardbrau in 4 Sitzungen

und das übrige grosse Belprogramm.

Neue Direktion. [1412]

Gruppe Ottendorf-Okrilla

Mittwoch den 4. Juni, 8 Uhr

Vorlesung der

Gruppenstiftung

im Bad. [1412]

auf allen u. Gemüsebäume d.

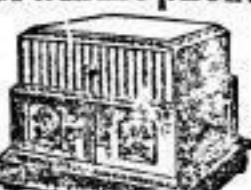
und Wohnungsbau. Sonntags

Betrieb. [1412]

mit und ohne Trichter

in großer Auswahl.

Neueste Schlager in Schallplatten.



Flüssiges Gold

Tokayer

naturrein, saftig

einem anderen Wein zuweisen.

Oronoso

roter Südwelt

fruchtig, mild

C. Spielhagensche Weingroßhandlung

Annenstraße 9

Stadttheater, Feuerwerk.

Filiale: Panzer-Straße

neben der Kronen-Apo.

Trauringe

verkauft

Schmid, Amalienplatz 1.

Damenhüte

moderne Formen, alle Preislagen.

Kaufhaus

Fest. 28.000

Geschenk

Von der

Geschenk

Geschenk</div

Brot- und Mehlsorgung
des Gemeinde-Verbandes Dresden und Umgebung
(Stadt Dresden, Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Neustadt) im Entschl. 1918/19.
Am Abhörmutter der Bekanntmachungen vom 15. September
1918 und 22. März 1919 mit folgenden bestimmt:

Kreis I.
§ 4 Absatz 1, § 21 Absatz 1 der Bekanntmachung vom 15. September 1918, § 21 Absatz 1, § 21 Absatz 2, § 21 Absatz 3 der Bekanntmachung vom 22. März 1919 und die Ergänzung zu § 21 Absatz 1 bestimmt werden müssen.

§ 4 Absatz 1, § 21 Absatz 1, § 21 Absatz 1 und 4 werden durch folgende Veränderungen ersetzt:

§ 4 Absatz 1. Die Maßnahmen der Brotzulieferer nach § 2 unter a gelten nur in der Stadt, die bis 1918 gehörte, d. h. um die ihnen angehörige, d. h. der vorherige Zulieferer und Vermietung und Vermietung ist unzureichend. Es wird vorausgesetzt, daß die zur Zeit vorhandene Brotzulieferer den Bedarf des Bevölkerungsstandes von Dresden und Freiberg decken werden.

§ 21 Absatz 1. Zur Zeit kann von Brotzulieferern einschließlich Brotzulieferern und Brotzulieferern aus dem Gemeindeverband Dresden über 1000 Gramm 2 Groschen pro 100 Gramm Brot abgerechnet werden, 15 Gramm Brotmehl oder Weizenmehl oder Getreide, das als Brotzulieferer je 100 Gramm abgerechnet werden kann.

§ 21 Absatz 1. Als Schnäppchen wird abgerechnet von der Brotzulieferer je 100 Gramm gebackenes Brotzulieferer, das auf je 100 Gramm Brotzulieferer enthalten muß.

§ 21 Absatz 1. Gemeindescheide Brotmehl oder Weizenmehl oder Getreide.

§ 21 Absatz 1. Außerdem noch ein Schnäppchen Kleingebäck im Gewicht von 100 Gramm mindestens, das auf je 100 Gramm Brotzulieferer enthalten muß:

a) Gemeindescheide Roggennmehl.

b) Gemeindescheide Vollkornmehl.

c) Gemeindescheide Getreide, oder Weizenmehl oder Getreide.

Das Gewicht muß beim Zubereiten im Durchschnitt vorhanden sein.

Kreis II.

Kreis II tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Soweit zur Brotzulieferer noch Rechtsstände aus dem bisher zur Brotzulieferer verordneten Rundfahrt übertragen werden können sind, diese nach den bis dato geltenden Verordnungen mit zu verwenden.

Zum Verhinderung werden nach § 4 der Bekanntmachung vom 15. September 1918 bestimmt:

Dresden, am 2. Juni 1919.

Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Beteiligung von ausländischen Schmalz.

§ 1. Auf Wiederholung I der am 1. August 1918 aufzugebenden Bemerkungen für ausländisches Schmalz werden 50 Gramm auslandanwesen Schmalz verrechnet.

§ 2. Der Preis bei Übereignung an die Verbraucher beträgt für 100 Gramm 20 Pf. für 1 Pfund 60 Pf.

§ 3. Zwischenabbindungen werden auf Grund der Bundesratsbeschluss vom 15. September 1918 bestimmt.

Dresden-Neustadt, am 2. Juni 1919.

[41] Die Amtshauptmannschaft.

Heringssortierung.

Widmung 10 der weichen und rohen Brotaufstriche wird mit 150 Gramm Hering.

befolgt.

Die Amtshauptmannschaft und von dem Verbraucher in einer Wirtschaftshandlung, Fleischhandlung oder bei einem Kaufmann bis zum 1. Juni, von den Kleinhandlern bei der zuständigen Fleischbeschaffungsanstalt oder dem Großhändler bis zum 6. Juni, von diesem bei der Amtshauptmannschaft bis zum 6. Juni anzumelden. Nachmeldebestellung ist ebenfalls unerlässlich.

Die Belieferung der Bevölkerung darf nicht vor dem 1. Juni erfolgen.

Die Kleinhandelsbücherei für 1 Pfund Hering beträgt 10 Pf.

Dresden-Neustadt, am 2. Juni 1919.

[41] Die Amtshauptmannschaft.

Unterstützung von Bibliotheken.

Gefüge um Förderung einer Sonderbibliothek zur Unterhaltung und Erweiterung von Bibliotheken und Büchereien

26. Juni 1919

Hier eingereichten Den gebührt an beginnenden Gefüge und Drucken bei

1. die Geschäftsführer, Inhaberinnen, ob die Arbeit, Schul- oder

sozialen Gewerbe, bestimmen. Besonders aber eine Wer-

bung um eine Stelle nachdrücklich.

2. die Eigentümervorstände.

3. die Arbeit der Kinder.

4. die Gründungsarbeit.

5. die Förderung der Bildung der Bibliothek und

6. die Mittel zu deren Unterhaltung, einschließlich des Betriebs aus Gemeinschaften usw., und den bisher eingesetzten Spitätschen.

So den Gefüge ist am zweitnächsten der bei der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt in Greifberg (Sax.) erzielbare Vorstand der 23 zu

bestimmen.

Dresden-Neustadt, am 30. Mai 1919.

[41] Die Amtshauptmannschaft.

Statt Karten.

Sachgeschäft vom Grabe meines lieben guten Mannes

Franz Mühlberg, Bildhauer

aus allen Menschen, Freunden, Bekannten und Hausbewohnern, die ungemein großen Schmerz durch herzliche und anbrechende Blumensträuße und ehrwürdiges Geleit zur letzten Ruhestätte zu übertragen, dem herzlichen Dank.

Beschwerde Damit dem Willkürverordnung steht für die treue Liebe Ewigkeit sowie Herrn Walter Weißhaar für die reizende Worte am Sarge.

In diesen Weben Bertha verlo. Mühlberg.

1. Sachgeschäft vom Grabe meines unvergleichlichen Sohnen, unbesiegt Leben Bertha

Ernst Zickler

wünschen wir alle für die berühmte Teilnahme und den reizenden Blumenstrauß den innigsten Dank und den feierlichen Dank dem Verein der Freien Künstler, den Verbreitern vom Amtsnal. sowie Herrn Walter Weißhaar für die großartigen Werke am Grabe.

[41] Die tiefzweckende Mutter und Kinder.

Haubennetze

12/38 Gros. 140,- Taf. 12,50, Stirnsege 42/42
Gros. 150,- Taf. 13,25, Mindestabgabe 1 Taf.

Haar-Messe, Schloßstr. 19.

FRAUENHAARE

Kilo 20 M., kauft 144 Landhausstraße,
H. Gellrich, Fehn-Pirnaer Platz,

Der Schatzgräber.

144 Neugasse. Volksschulbuchhandlung

Sifchdeßen

für Restauraturen, Pensionate, für Garten und Veranda
in einer prachtvollen Auswahl von über

500 Decken

Größe 130/130 und 130/160 Zentimeter
in herrlichen Künstler-, Batik- und Rosenmustern bedruckt
zum Ausuchen

Decke 9.85 Mark

Zellstoffe für Dekorationen in großer Auswahl
4.60, 3.25, 1.95, 0.75 Mark

Messow & Waldschmidt

Schuhmacher u. Wender

Recht und lauter, hell ein Seiger. Bautzer Str. 40. im 52n

Residenz-Kaufhaus, G. m. b. H.

gewandte Verkäuferinnen

für die Übereignung:

Auswaren in Band u. Kordel u. Schreibwaren

lernende Verkäuferinnen.

Vorlagen mit Bezugnahmen im Verkaufskontor im IV. Stock.

Größere Anzahl

tägliche Former

für unsere Formerei steht ein

Cottbuser Maschinenfabrik- und

Gießerei Akt.-Gesellsc. Cottbus.

Eine tägliche, überalliger

Wolzenrißler

arbeitet dauernde Stellung.

Greifberger Str. 10. V. H. 12. V. H. 13. V. H. 14.

Leute

die im Fabrikat, gr. Betrieben

bedient. Und für neue

Art. wie alte Frau, ist gesucht.

und M. R. 12. V. H. 13. V. H. 14.

Wolzenrißler 1. V. H. 15. V. H. 16.

Täglicher

Hutmacher

bei jedem Jahr 1. eine Delphiner

Umschau und Umsicht gewünscht.

Offerten unter L. F. 2207 am

12. Pf. 10. V. H. 11. V. H. 12. V. H. 13. V. H. 14.

Preise der L. F. Klasse

nebst von L. F. verfügbaren

Teuerungszuschlägen:

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371.